Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 8

Artikel: Musy
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331820

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

13. JAHRGANG -- APRIL 1934 -- HEFT 8

Musy

Von Ernst Reinhard.

Die Session der Bundesversammlung im Frühling 1934 stand restlos unter dem Zeichen des Kampfes gegen einen Mann, der wie kein anderer ein hassenswertes System vertritt: Bundesrat Musy. Selbst wenn die Situation zwang, Persönliches in den Vordergrund zu stellen, so durfte das nur dienen, das System selbst zu enthüllen. Es ist jener militante Klerikalismus, der die Formen des Klerikofaschismus angenommen hat; diesen galt es vor allem zu schlagen. Die Arbeiterschaft hatte den Kampf gegen das Staatsschutzgesetz nicht gegen dessen Paragraphen geführt, sondern gegen den Geist, der es gezeugt hatte. Es war nicht der Geist des müden Radikalen Heinz Häberlin; allzu deutlich erkannte man hinter dem Gesetz die von Musy diktierte Dynamik. Die Arbeiterschaft hatte hier ein feineres Gefühl für Zusammenhänge als manche Intellektuelle; sie kämpfte nicht gegen Einzelbestimmungen und gegen einen unglücklichen Bundesrat, der ritterlich genug war, ein von ihm nicht gewolltes Gesetz zu verteidigen, als es schon dem Untergang verfallen war, sondern gegen den die ganze Politik der Krisenzeit beherrschenden Geist Jean-Marie Musys. Als daher Häberlin demissionierte, überwog in den Massen das Gefühl, daß der Falsche fiel; es durfte nicht sein, daß der Ritterliche stürzte, der böse Geist im Finanzdepartement, der das Unheil verursacht hatte, blieb. So war die Demission Musys erst die logische Konsequenz des 11. März; der Rücktritt Häberlins hätte den Sinn der Volksabstimmung noch einmal gefälscht.

Der Eintritt des Greyerzers in den Bundesrat war einst der Dank, den die unfähige freisinnige Regierung der Kriegsjahre der klerikalen Reaktion für die Rettung aus der Not abstattete. Freiburger, Luzerner und Walliser Bataillone hatten die Städte besetzt und die Arbeiterschaft zur Aufgabe des Generalstreiks gezwungen; im Nationalrat verlangte der Greyerzer die Verhaftung der Streikführer, einen scharfreaktionären Kurs. Der Mann drängte sich auf; er ersetzte Calonder. Er war als Zuchtrute für die Arbeiterschaft in die Regierung geschickt worden; er suchte seine Mission zu rechtfertigen. Denn hinter ihm standen noch andere Kräfte als die Kirche.

Keiner ist so wie er der Vertrauensmann der Banken gewesen. Die Schweizer Banken hatten in der Kriegszeit und während der Inflation eine Weltstellung erreicht; der Franken wurde neben dem Dollar und dem Gulden internationales Währungsmaß; die Darlehen, welche die Schweizer Banken dem Auslande gaben, beliefen sich auf Milliarden. Die Kreditanstalt stellte sich neben das Bankhaus Morgan, die Banque de Paris et des Pays-Bas, die englischen Big Five. Die schweizerische Industrie selbst geriet völlig in die Hände des schweizerischen Finanzkapitals. Die Holdinggesellschaft fand nirgends einen so guten Boden wie in Helvetien; hier war Asyl für alle die, welche heimatlichen Zugriffen und internationalen Reparationsansprüchen entgehen wollten. Die Schweiz wurde aus einem Land der Arbeit zu einem Land der Hochfinanz und der Rentner. Nicht ohne schwerste Einbuße. Die Interessen des Rentnerkapitals liefen denjenigen der Arbeit völlig zuwider. Arbeitsinteressen wurden Zinsinteressen wegen vernachlässigt. Die Tatsache schuf schwerste innere Spannungen. Bauern und Arbeiter litten in gleichem Maße unter der Vorherrschaft der Finanzinteressen und der schlimmsten Vernachlässigung der Arbeitsinteressen. Es herrschte eine böse Stimmung gegen die Banken. Nicht nur die Sozialdemokratie, auch die neugegründeten Bauernparteien wandten sich in scharfen Worten gegen die Banken, verlangten Bankenkontrolle und waren ursprünglich weitgehendsten Eingriffen nicht feindlich gesinnt. Gefahr drohte. Verbanden sich Bauern und Arbeiter gegen die Banken und die Hochfinanz, dann fiel die Vormacht, die eben erst geschaffen worden war.

In dieser Situation erhielt die Wahl des Freiburgers einen doppelten Sinn. Sie war nicht nur eine Konzession an die Machtaspirationen des Klerikalismus und des Ultramontanismus, sondern ebenso ein Zugeständnis an die Banken, daß mit Hilfe der Bundespolitik die eben errungene Vorherrschaft gesichert werden solle. Es konnte nicht darum gehen, Bauern und Arbeiter gemeinsam zu bekämpfen; sie mußten getrennt und so gesondert unschädlich gemacht werden. Wenn irgend möglich, war der eine als Bundesgenosse gegen den andern zu gewinnen.

Die Trennung von Arbeitern und Bauern ist Musy gelungen — wesentlich dank unserer Hilfe. Wir hatten ungeheure Mühe, uns von der Idee freizumachen, daß zwischen Bauern und Arbeitern grundsätzliche Interessengegensätze bestanden; die These: Der Bauer ist Produzent, der Arbeiter Konsument, darum können beide nur verschiedene Interessen haben, — zog sich wie ein Leitmotiv durch unsere Diskussionen, unsere Beschlüsse und unsere Taktik. Einmal bestand die Gefahr, daß sich beide gefunden hätten; es war im Kampf um das Getreidemonopol. Musy bekämpfte es aus dem Hinterhalt, nicht weil er absolut monopolfeindlich war; denn der Klerikalismus ist mit dem von ihm verfochtenen Korporationenstaat immer absolut und monopolistisch eingestellt; es gibt keine entschiedeneren Monopolfreunde als die Jünger der Ecclesia militans. Aber dieses Monopol sollte geschaffen werden durch Bauern und Arbeiter gemeinsam; das durfte unter

gar keinen Umständen sein. Diese für die Zukunft ungeheuer gefährliche Einheitsfront galt es zu zerschlagen. Er entledigte sich der Aufgabe dank den ungeheuren Geldmitteln, welche Banken und privatmonopolistische Organisationen im Ueberfluß gaben, und durch eine wilde, hemmungslose Demagogie. Es hat keinen gerisseneren Demagogen gegeben als ihn, dessen Anhänger heute jammern, er sei durch die Demagogie gefällt worden. Die Behauptung ist lächerlich; aber wäre sie richtig, so hätte keiner weniger als er das Recht zum Klagen; dann wäre er durch die eigenen Waffen gefallen, in sein eigenes Schwert gestürzt, wie der Ritter in Etzels unersättlich Schwert.

Von jenem Augenblick an aber erkannte er, daß die Bauern gekauft werden mußten, ohne daß ihnen der Kauf zum Bewußtsein kam. In diesem Jahr versprach er ihnen eine Summe von 100 Millionen Franken, ohne zu wissen, wo er sie hernehmen sollte; es war wieder eines jener bedenkenlosen, wilden Versprechen, die er gab, mit der Absicht, sie nicht zu halten. Hier war er genau so unbekümmert, wie in der Demagogie. Er, der noch glaubte, er könne sich seinen Abgang sichern, indem er entsetzt auf die Ausgabenwirtschaft des Parlaments hinwies, er hat wie keiner vor ihm und wie hoffentlich auch keiner nach ihm bedenkenlos mit Millionenpaketen gespielt, wenn es der Festigung seiner politischen Macht und damit der Macht seiner Auftraggeber diente. So wie er zwei liederlich verwalteten Banken über 200 Millionen Franken hinwarf, um die Interessen der Finanz zu retten, so wie er in der Darlehenskasse den Kredit des Bundes auf das Spiel setzte, um den Kredit seiner Bankiers zu retten, so schmiß er auch den Bauern das 100-Millionen-Versprechen hin, als er zu bemerken glaubte, es könnte sich die gefährliche Arbeiter- und Bauernallianz durchsetzen. Wiederum ist es ein blutiger Hohn, wenn er sich nun als der treubesorgte Verwalter der Finanzen aufspielt; so wie er gewütet hat, skrupellos, wenn es nur dem Klerikalismus und den Banken zugute kam, so hat keiner vor ihm die schweizerischen Kredite verwüstet.

Er ging konsequent weiter, indem er den Bauern einen Sitz im Bundesrate verschaffte. Die Wahlen 1929, die Abweisung Klötis und Schüpbachs, die Wahl des Bankier-Vertrauten Meyer und die des Bauern Minger — das ist wiederum sein Werk. So knüpfte er Bauern und Banken zusammen, nachdem seine Mittelpresse längst vorher die unnatürliche Allianz geistig vorbereiten half. Als dann schließlich Minger im Sessel saß und Schultheß geschlagen war, da konnte er den Bauern die monopolfreie Lösung der Getreideversorgung bieten, die uns heute an die 30 Millionen kostet, 30 Millionen, die er wiederum dem Bundesbeutel abgeknöpft hat, zur höhern Ehre seiner Politik und der Verbindung von Altar und Banken. Darauf muß heute hingewiesen werden, wenn der Greyerzer jammert, man habe 40 Millionen ausgegeben, ohne zu wissen, wo die Mittel zu nehmen seien; er wußte es auch nicht, als er so politische Käufe abschloß.

In diese Zeit fällt die Edition der Enzyklika Quadrogesimo anno. Gestehen wir es nur neidlos zu: Der Klerikalismus hat immer ein unerhört feines Empfinden für Machtverhältnisse gehabt. Er war durch-

aus bereit, mit der deutschen Sozialdemokratie zu paktieren, als sie eine politische Macht darzustellen schien. Als aber 1928 die deutsche Sozialdemokratie nicht um Machtpositionen, sondern um der Ministersessel und um anderer nebensächlicher Dummheiten willen sich in die Regierung drängte und, um in dieser Regierung bleiben zu dürfen, schamlos jede Konzession zubilligte, die man von ihr verlangte, — als in England die Regierung Macdonald, statt zu herrschen, sich aufs Paktieren einließ, da wurde ihm blitzschnell die ganze Schwäche der sozialdemokratischen Machtpolitik bewußt, die eben nie eine Machtpolitik, sondern ein Entschuldigungsstottern war, daß man überhaupt je die Macht in die Hand bekommen hatte; und von da an kam jener Abmarsch der Kirche zum Faschismus, der heute das ganze politische Denken der Kirche beherrscht. Die Enzyklika ging von der Erkenntnis aus, daß der Sozialismus keine Macht war, wohl aber der Faschismus.

Sie war als Jubiläumsschrift für die Rerum novarum zeitlich notwendig geworden. Die Rerum novarum hätte dem Ungenügen der Kirche in Arbeiterfragen abhelfen sollen; sie war ein Geständnis, daß man zu spät gekommen war und Wichtiges versäumt hatte. In der Rerum novarum lebt daher der Geist der Verteidigung gegen den Marxismus; man sucht neben ihm zu bestehen, ohne Hoffnung, daß man ihn ausrotten könnte. Die Quadrogesimo anno aber ist aus dem Geist der Offensive herausgeboren; sie ist überzeugt, daß das System, das sie vertritt, allein zur Macht berufen ist, daß es absolut herrschen und den Marxismus erledigen soll. In ihr wird das System des Klerikofaschismus geschaffen, das monopolistische Weltgeltung beansprucht. Die eine und unteilbare katholische Kirche errichtet ein wirtschaftliches und politisches System, das wie die Kirche allein und ungeteilt herrschen soll.

Es ist nicht nur unsozialistisch, sondern bewußt antisozialistisch. Es anerkennt das Eigentum an den Produktionsmitteln, im Gegensatz zum Sozialismus; es anerkennt die sozialen Unterschiede, als von Gott gegeben, im Gegensatz zum Sozialismus; es stellt die Autorität und die Disziplin über die freie Selbstbestimmung der Demokratie. Es ist so antisozialistisch, wie es antidemokratisch ist. Es ist das System, das in idealer Weise die Interessen der Wirtschaftsaristokratie mit denen der intellektuellen Aristokratie der Kirche verbindet. Aber es ist nicht uniform. Es läßt Unterschiede zu. Der Austrofaschismus, das ist sein Werk; aber der helvetische Klerikofaschismus muß notgedrungen andere Züge tragen. Hauptsache ist, daß Kirche und Banken herrschen, Bauern und Arbeiter der wirtschaftlichen und geistigen Macht dieses Systems unterworfen werden.

In den Dienst dieses Systems hat sich der Greyerzer gestellt. Es paßte auf ihn wie zugeschnitten. Er fühlte sich als der Führer, der den Kampf für dieses System gegen Demokratie und Sozialismus organisieren mußte. Er wurde nicht nur der Träger eines von außen herangebrachten Systems; nein, dieses hätte er selbst konzipieren müssen, hätte er die päpstliche Erlaubnis dafür gehabt. Wie er an die Arbeit ging, das ist in dem Machiavellismus, mit dem es vertreten wurde, groß.

Ihm wurde sehr rasch klar, daß ein Volk, das in seinem sichern Besitz wohnt, nicht für den Faschismus reif ist. Aber man raube einem so bodenständigen und an einen selbstverständlichen Wohlstand gewöhnten Volke, wie dem Schweizervolke, diese Existenzgrundlagen, und man sehe dann, was für brüllende Löwen aus den biedern Schweizern werden können. Es gab dafür kein besseres System als die Deflation. Wo man die Deflation durchgeführt hat, brachte sie Arbeitslosigkeit im Gefolge, zertrümmerte die wirtschaftlichen und die geistigen Grundlagen der Mittelschichten. Diese Mittelschichten aber wurden nicht proletarisiert. Das ist einer der vielen Denkfehler, die wir begangen haben, daß wir glaubten, die wirtschaftliche Vernichtung des Mittelstandes werde ihn automatisch zum Proletariat führen. Gerade das ist nicht geschehen. Der Mittelstand, der gewisse Arbeiterkategorien, dank der zähen Arbeit der Gewerkschaften, nun in einer Lebenslage fand, die seiner vielleicht etwas überlegen war, wurde wohl antikapitalistisch, aber auch antisozialistisch. Er wurde faschistisch. Die Deflation ist immer der beste Wegbereiter des Faschismus gewesen.

Darum verfolgte Musy den Weg der Deflation, indem er das Lohnabbauprogramm vorlegte. Man hat ihm vorgeworfen, er habe den Lohnabbau sabotiert, indem er ihn nicht rechtzeitig in den Rahmen eines umfassenden Wirtschaftsprogramms und eines entsprechenden Finanzprogramms hineinstellte. Aber das war nicht Leichtsinn, sondern Absicht. Er wollte dieses Finanzprogramm sowenig wie ein Wirtschaftsprogramm, das nicht sein eigenes war. Das hätte all seinen Absichten widersprochen, hätte ihm ein Stück Ordnung gebracht, wo er klugerweise auf die Unordnung hinarbeitete. Als dann das Lohnabbaugesetz zur Abstimmung kam, benutzte er den Anlaß, um die frechste faschistische Propaganda zu treiben. Er zeigte schon den Weg, den man nach der Annahme gehen wollte: Verstaatlichung der Gewerkschaften, Schaffung des christlichen Ständestaates. Er wurde für einmal geschlagen.

Aber das war kein Sieg, sowenig wie der 11. März ein wirklicher, entscheidender Sieg ist. Wir errangen kein Cannae und kein Sedan. Der Gegner ging in fester Ordnung zurück und griff später wiederum an. Er war nicht erledigt, weil wir dem Programm, das er aufstellte, das in seiner Art kühn, ja verwegen ist, kein Programm entgegenzustellen wagten, das ebenso kühn, ebenso groß und ebenso verwegen war. Er wollte die Umgestaltung des Staates, und bei uns nistete sich der Gedanke immer mehr ein, als seien wir berufen, die Konservatoren des liberalen Staates zu werden. Die soziale, ja die sozialistische Demokratie gerade jetzt zu fordern, schien eine gottsträfliche Verwegenheit und Zeugnis eines alle Verhältnisse nicht erkennenden Geistes zu sein. Und so ließen wir uns noch einmal, am 11. März, das Kampffeld vom Gegner vorschreiben, statt daß wir, mit dem Aufgebot aller Kräfte, das Gesetz des Handelns an uns gerissen hätten.

Dabei ließ es sich der Freiburger gar nicht nehmen, nicht nur uns den Kampf auf Leben und Tod anzusagen, sondern die getreuen Bundesknappen, die Freisinnigen, gleich mit zu vernichten. Seine Intrige

gegen den Freisinn ist logisch, ist nicht Ausdruck eines minderen Geistes, der aus Niedrigkeit treulos sein muß. Die Treulosigkeit gegen den Freisinn ist nur scheinbar. Wer so wie er den Klerikofaschismus will, der kann den Liberalismus nicht brauchen; der muß versuchen, ihn mit uns zu erledigen, selbst wenn er Bundesgenosse sein sollte.

So hat er Schultheß kaltgestellt. Er hat den Sozialversicherungsartikel in die Verfassung aufnehmen lassen; er hat mit Hilfe der Sozialisten und der Freisinnigen, gegen seine eigenen katholischen Bauern, den Alkoholartikel durchgebracht; er hat durch kluges Lavieren die Gefahr eines Referendums gegen das Alkoholgesetz beschworen. Dann hat er, so wie er den Getreidemonopolartikel aus dem Hinterhalt erledigte, durch einen wohlgezielten Giftschuß auch das Sozialversicherungsgesetz aus dem Busch heraus abgeschossen, und nachher hat er die feierlich für die Sozialversicherung versprochenen Einnahmen aus Tabak und Alkohol doch in der allgemeinen Bundeskasse verbraucht, nach so manchem mißglückten Anschlag. Wiederum erreichte er den doppelten Zweck. Die Bauern, die nun die Schnapssteuer doch zahlen müssen, ohne die Sozialversicherung zu haben, zürnen dem freisinnigen Bundesrat, der ihnen die Suppe eingebrockt hatte. Was er sich immer da leistete, das belastete nicht die Katholischkonservative Volkspartei, sondern die Freisinnigen.

Wie rührend treu haben sie ihm die Stange gehalten, ohne zu merken, daß die »Neue Zürcher Zeitung«, auf deren Ergebenheit er unbedingt zählen konnte, weil sie ja wie er im Dienste der Banken stand, im Grunde schon ein Organ im Dienste des freisinnigen Gegners war. Es gibt ja kein Organ, das die eigene Parteisache so am laufenden Bande verrät, wie die freisinnige »Neue Zürcher Zeitung« die Sache der Freisinnigen. Aber es braucht die ganze Gutmütigkeit der Freisinnigen, vor allem der ihnen immer noch treu nachhumpelnden Mittelschichten dazu, um nichts zu merken.

Dafür hat der Freisinn die Zeche bezahlt. Das Gesetz vom 11. März, das ist Musys Werk. Aus dem Munde des alten Fuchses Walther sprach der geheime Großkanzler des helvetischen Klerikofaschismus. Musy wollte dieses Gesetz; das war ein Stück seiner ureigensten Politik. Doch nachdem er erkannt hatte, daß die Volksstimmung wohl nicht so rosig sei, versetzte er dem lieben Verbündeten prompt den Dolchstoß in den Rücken, indem er auf dem katholischkonservativen Parteitag erklärte, es handle sich ja nicht darum, den Liberalismus zu retten. Das Gesetz fiel, aus Protest gegen die Politik Musys; aber wie der Freisinn in Genf, Zürich, Winterthur, Lausanne, Basel bezahlt hatte, so erlegte er auch heute die Kriegsentschädigung; Häberlin, chevalier sans peur et sans reproche, ging. Und hätten nicht wir den Sieg wenigstens in der Verfolgung ausgenützt, der Freiburger säße heute noch unbekümmert fest.

Alles andere, was sich an häßlichen Begleiterscheinungen ergeben hat, mag ruhig auf das Konto eines Machtbewußtseins geschrieben werden, das an Cäsarismus grenzt, aber notwendig mit dem Faschismus aller Spielarten verbunden ist. Gehen wir daher über die persönlichen

Affären weg. Sie sind symptomatisch, aber nicht hauptsächlich. Wesentlich ist nur, daß durch sie eine Erschütterung des Vertrauens erreicht worden ist, die sich nun — gegen uns richten soll. Das ist die Absicht der vom Klerikofaschismus ausgehaltenen schweizerischen Mittelpresse.

Eine Epoche ist abgeschlossen; aber der Kampf ist durchaus nicht zu Ende, noch ist er entschieden. Der geschlagene Feldherr wird an der Spitze einer andern Armee wiederkehren, da darf es keine Täuschung geben. Das ist das Natürlichste von der Welt — und braucht uns keineswegs zu erschrecken. Wieder einmal muß man die Dinge klar und sauber sehen, genau so, wie sie sind oder sein werden — und dann muß man doch tapfer bleiben.

Wir haben Siege nicht ausnützen können, weil wir selbst keinen ausgreifenden Feldzugsplan hatten; wir hatten nichts Konstruktives, das ebenso kühn und ebenso machtwillens gewesen wäre, wie der Klerikofaschismus. Zum letzten Male sind wir mit dieser Abwehrtaktik durchgedrungen. Die Zukunft verlangt mehr von uns.

Der Plan der Arbeit wird eine eherne Notwendigkeit. Es darf keine Zeit verloren werden, um auszuführen, was grundsätzlich beschlossen ist. Aus dem Plan heraus müssen sich die Gesetze der Taktik entwickeln, ihre feste Konsequenz wird Allgemeingültigkeit verlangen dürfen. Aber der Idee des Klerikofaschismus helvetischer Prägung muß sich die Idee der sozialen Demokratie schweizerischer Art entgegenstellen; und verbinden sich dort die Ideen des Finanzkapitalismus mit denen des Klerikalismus, so müssen sich hier diejenigen der Demokratie mit denen des Sozialismus in unserer Zeit und auf unserem Boden vermählen.

Deflation bis zur Katastrophe?

Von Robert Bratschi.

Vormerkung der Redaktion: Der Artikel des Genossen Robert Bratschi ist *vor* dem Rücktritt von Bundesrat Musy geschrieben worden. Der Artikel hat deswegen an Bedeutung nichts eingebüßt, da es innerhalb und außerhalb des Bundesrates genug Leute gibt, welche die Politik der Deflation weiterzuführen sich anschicken. Wir haben uns aus diesem Grunde zur unveränderten Veröffentlichung der nachfolgenden Auseinandersetzung entschlossen.

Es war Ende 1931, kurz nach den damaligen Nationalratswahlen und unmittelbar vor der Abstimmung über die Altersversicherung, als Bundesrat Musy die Oeffentlichkeit mit der kategorischen Forderung überraschte, Preise und Löhne seien auf der ganzen Linie abzubauen. Mit dem Bundesrat hat er sich vor seinem Vorstoß nicht verständigt. Dagegen war er der Unterstützung der Banken und des Großkapitals sicher. Das genügte ihm.

Nach einigem Sträuben schloß sich der Bundesrat der Musyschen Deflationspolitik an. Das geschah mit einer Kundgebung im März 1932.